

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 M., bei Selbstabholung 1.05 M.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 M., bei Selbstabholung 1.15 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 M., für 1 Monat 1.15 M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauhaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18688.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Plagvorschritt 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beliegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— M. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— M. — Schluß der Annahme von Inseraten für die 30tägige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauhaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4598 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Schlacht bei Cambrai dauert an.

Leider verspätet.

Von Franz Mehring.

In ihrer Nummer vom 23. November hat die Leipziger Volkszeitung den Vorwärts einer „niedlichen kleinen Fälschung“ und „eines zur höheren Ehre seiner Partei ersundenen Schwindels“ bezichtigt, weil er behauptet hatte, der Dresdner Versammlung der Abhängigen vom 18. dieses Monats sei ein Begrüßungstelegramm der Bolschewiki zugegangen, leider aber verspätet eingetroffen.

Auf diesen immerhin herben Vorwurf antwortet der Vorwärts mit der Banzenantik des Sichtstellens und dennoch hätte er, wenn auch in einem andern Zusammenhange, wenigstens zwei Worte des „Schwindels“ retten können; seine „niedliche, kleine Fälschung“ war ihm nur möglich, weil ein Telegramm in der Tat „leider verspätet“ eingetroffen ist. Es sei mir gestattet, den Zusammenhang aufzuklären, um den Arbeitern zu zeigen, wie der Vorwärts Dinge von ungeheurem Ernst ausbeutet, um eine Kellame für sich zu machen, die selbst die niedrigsten Organe der kapitalistischen Sensationspresse verschmähen würden. Ich fühle mich dazu nicht etwa berufen, weil ich „offiziell“ etwas mit der Sache zu tun hätte, sondern umgekehrt, weil ich gar keine Rücksichten zu nehmen habe, aber genau darüber unterrichtet bin, dank dem Umstande, daß manche auswärtigen Parteien und Parteigenossen mich noch aus der Zeit der selbständigen Gruppe Internationale her auf dem Laufenden halten.

Am 18. d. M. erhielt ich folgendes Telegramm aus Stockholm:

Morgen geht Telegramm an euch, enthaltend Komunique über Verhandlungen mit deutscher Mehrheit. Gleichlautendes Telegramm abgeht an Mehrheit. Ebert bereits benachrichtigt. Unternehme Schritte: Auswärtiges Amt soll Telegramm gleichzeitig mit Mehrheit ausshändigen. Nur Zeiten werden unser Verhältnis mit ihnen bestimmen, aber unmöglich von vornherein brüskieren. Von euch wird abhängen, ob sie bei Worten bleiben. Vertretung Bolschewiki.

In diesem Telegramm war verschiedenes vorläufig unklar, namentlich die Schritte, die beim Auswärtigen Amt unternommen werden sollten, wozu ich in meiner gänzlich „inoffiziellen Stellung“ keinerlei Befugnisse hatte. Ich harrete also des Telegramms, daß für „morgen“ angekündigt war.

Aber „morgen“, d. h. am 18. des Monats, kam nichts, und ebensowenig „übermorgen“, d. h. am 19. des Monats. Jedoch am 20. des Monats veröffentlichte der Vorwärts das angebliche „Begrüßungstelegramm“, das die Bolschewiki nach Dresden gefandt haben sollten. Als ich es las, dämmerte mir eine unheimliche Ahnung auf, die sich noch verstärkte, als gleichzeitig das Berliner Tageblatt ein Stockholmer Telegramm veröffentlichte, wonach der Kriegsmillionär Parvus die Grüße der Regierungsjournalisten der Auslandsvertretung der Bolschewiki überbracht hatte. Am Nachmittag desselben Tages härtete sich die Sache vollends auf, als ich unter Kreuzband den Boten der russischen Revolution, das Wochenblatt jener Auslandsvertretung — und zwar die Doppelnummer 9/10 vom 17. d. M. — erhielt und darin las:

Die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie und die russische Revolution.

Die bolschewistische Auslandsvertretung teilt mit: Genosse Parvus überbrachte der auswärtigen Vertretung der Bolschewiki die Grüße des Parteivorstandes (Mehrheit), die sich solidarisch erklärt mit den Kämpfen des russischen Proletariats und dessen Forderung des sofortigen Waffenstillstandes und der sofortigen Friedensverhandlung auf der Basis eines demokratischen Friedens, ohne Annexionen und Kontributionen. Die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie wird diesen Solidaritätsgefühlen tatkräftig Nachdruck verleihen.

Die bolschewistische Auslandsvertretung, die ohne spezielle Vollmachten seine Beschlüsse treffen konnte, nahm diese Erklärung zur sofortigen Überlieferung an das Zentralkomitee der Bolschewiki und den Sowjet. Gleichzeitig überbrachte die bolschewistische Auslandsvertretung an die Vorhände der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie wie der Unabhängigen zur Wiedergabe an die Öffentlichkeit folgende Mitteilung: „(folgt der Text der sogenannten „Begrüßungsdepesche“).“ Auf den ersten Blick war mir klar, daß ich hier den Wortlaut der gleichlautenden Telegramme vor mir sah, die die bolschewistische Auslandsvertretung am 18. d. M. für „morgen“ angekündigt hatte. In der Tat erhielt ich das an mich gerichtete Telegramm zwei Tage später, am 22. d. M. als „leider verspätet“, während das an die Mehrheit gerichtete gleichlautende Telegramm, wie der Abdruck der „Begrüßungsdepesche“ im Vorwärts zeigt, mindestens am 19. des Monats an seine Adresse gelangt sein muß. Danach

hängt die Sache so zusammen. Die Abhängigen lassen der bolschewistischen Auslandsvertretung ihre Grüße entbieten, die, wie es sich gehört, in höflicher Weise erwidert werden. Denn in der Tat, wenn sich jemand als „guter Freund“ anmeldet, so kann man ihn nicht eher brüskieren, bis man festgestellt hat, daß er weder „gut“ noch „Freund“ ist. Die bolschewistische Auslandsvertretung trifft aber alle Vorsichtsmahregeln, daß ihre Höflichkeit nicht mißdeutet wird. Sie stellt fest, daß der Kriegsmillionär Parvus im Auftrage der Abhängigen die Verhandlungen begonnen hat, sie erklärt sich selbst als Poststelle; sie übermittelt ihre Antwort an die Abhängigen zugleich wörtlich an die Unabhängigen und macht diese darauf aufmerksam, für eine gleichzeitige Aushändigung der Telegramme besorgt zu sein, in der sehr richtigen Erkenntnis, daß die Abhängigen sofort großen Anflug anstiften würden, wenn sie ein paar Tage ohne strenge Kontrolle blieben.

Trotz aller Vorsicht hat das „leider verspätete“ Telegramm den Abhängigen diesen Spielraum gewährt. Als sie spätestens am 19. des Monats die telegraphische Antwort der bolschewistischen Auslandsvertretung erhielten, haben sie den ersten Teil, den ich oben abgedruckt habe, in den Papierkorb werfen und den zweiten Teil als eine Fuldigungsdepesche frisiert, die die Bolschewiki aus freien Stücken an die Dresdner Versammlung gerichtet haben sollten.

Wollen sich die Arbeiter, die sich heute noch zur regierungssozialistischen Partei halten, solche Scherze noch lange gefallen lassen? Viel Zeit haben sie wirklich nicht zu verlieren, wenn ihnen nicht am Tage der reuigen Erkenntnis das Urteil entgegenfallen soll: Leider verspätet!

Dieser Artikel unfres Freundes Dr. Franz Mehring war bereits gefest, als die heutige Nummer des Vorwärts einließ, die sehr nachträglich — nicht weniger als drei Tage hat das abhängige Blatt gebraucht, um sich auf eine Entgegnung zu bestimmen — auf die Sache einging. Unter der Überschrift Die russische Kundgebung an die deutschen Arbeiter wird da mitgeteilt:

Am 20. November haben wir den Text der bolschewistischen Kundgebung wiedergegeben, die an die beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands gerichtet ist. Diese Kundgebung war, wie wir damals berichteten, in erster Reihe dazu bestimmt, in der Dresdner Scheidemann-Versammlung zur Kenntnis der dort versammelten Arbeitermassen gebracht zu werden. Die Leipziger Volkszeitung weiß das nicht, und weil sie es nicht weiß, glaubt sie es nicht, und sie behauptet, das Telegramm sei nicht an die Versammlung gerichtet gewesen, in der Scheidemann sprach, sondern an die Partei, deren Vorsitzender Scheidemann ist. Diesen ihren unbedeutenden Irrtum benutzte sie, um den Vorwärts des „Schwindels“ und der „Fälschung“ zu bezichtigen. Sie will damit in ihrer Muttersprache ausdrücken, daß sich der Vorwärts geirrt habe. Aber der Irrtum ist auf ihrer Seite, und würden wir ihre Sprache sprechen, so würden wir sagen: „Sie schwindelt, sie fälscht.“ Wir beschränken uns aber auf die Bemerkung, daß sie wirklich falsch unterrichtet ist.

Wir teilen das zur Information unfres Leser mit. Was es mit dieser Ausrede auf sich hat, das mögen sie aus dem Umstand zu ersehen, daß der Bote der russischen Revolution, das offizielle Organ der bolschewistischen Auslandsvertretung, in der oben von Genossen Mehring zitierten Mitteilung über das Telegramm nichts davon sagt, daß es als Begrüßungsdepesche an die Scheidemannversammlung gegangen sei. Er sagt vielmehr: „Gleichzeitig überbrachte die bolschewistische Auslandsvertretung an die Vorstände der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie wie der Unabhängigen zur Wiedergabe an die Öffentlichkeit folgende Mitteilung...“ Um diese Feststellung kommt der Vorwärts nicht herum; seine in drei Tagen erdachte Verlegenheitsausrede scheitert kläglich an dieser Klippe. Mit dieser Feststellung können wir uns genügen lassen.

Absage der Berliner Arbeiter an die Gewerkschaftspolitik.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hatte auf Drängen für Montag, den 26. November, sieben Versammlungen einberufen mit der Tagesordnung: Die Volksernährung und die mangelhafte Verteilung der Nahrungsmittel. Diskussion war vorgesehen. Als Referenten waren angekündigt die Reichstagsabgeordneten Bauer, Hoch-Sonau, Mollenhuth, Robert Schmidt und Wess und die Landtagsabgeordneten Otto Braun und Paul Girsch. Die Namen der Referenten waren schon bezeichnend. Zutritt zur Versammlung war nur gegen Ausweis der Zugehörigkeit zur Gewerkschaft gestattet.

Es waren die ersten größeren Versammlungen, die von der Gewerkschaftskommission während der Kriegszeit veranstaltet wurden. Alle Säle waren bis auf den letzten Platz gefüllt, an manchen Stellen konnten die Räume die Besucher gar nicht fassen.

Für die Berliner Gewerkschaftsmitglieder bedeutete schon die Referentenliste eine Provokation, und so war es zu verstehen, daß in dem im 6. Kreise gelegenen, von 2000 Personen besuchten Versammlungsort, der Germania, viele Versammlungsteilnehmer den vorgesehene Referenten Otto Braun erst gar nicht hören wollten. Man einigte sich aber dahin, Braun eine Stunde Redezeit zu bewilligen. In allen Versammlungen begründeten die bestellten Redner eine längere Resoluzion, in der die Versammelten ihren Unwillen zum Ausdruck bringen wollten über die Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt und über die mangelhafte Verteilung der vorhandenen Lebensmittel.

Der Schleichhandel müsse unterbunden, alle wichtigen Lebensmittel schon beim Erzeuger durchgreifend erfasst und zu angemessenen, Kriegsgewinnen ausschließenden Preisen allen Teilen der Bevölkerung gleichzeitig zugeführt werden. Die Kartoffelration der Bevölkerung solle sofort auf 10 Pfund pro Kopf und Woche erhöht werden. Groß-Berlin müsse ein einheitliches Versorgungsgebiet sein.

Protest müsse gegen das Telegverlängernde Treiben der in der sogenannten Vaterlandspartei vereinigten Kriegsgewinnler und Eroberungspolitik erhoben und von der Regierung und den parlamentarischen Körperschaften müsse verlangt werden, daß sie alles tun, um dem entsetzlichen Völkermord ein Ende zu machen und zu einem Frieden der Verständigung zu gelangen.

So sehr sich einige Referenten Mühe gaben, manch scharfes Wort der Kritik gegen die Auswucherung des Volkes, gegen die Liebesgabenpolitik und die fehlerhaften Maßnahmen der Regierungstellen zu finden, und einem Verständigungsfrieden das Wort reden — bei den versammelten Arbeitern konnten sie Widerhall nicht finden. So tief ist das Mißtrauen der Berliner Arbeiter gegen diese Sorte Arbeitervertreter. Sie haben den Glauben an diese Leute verloren.

Schon während der Referate äußerte sich dieses tiefe Mißtrauen in steigendem Maße in lebhaften Zwischenrufen. Und als nun gar unfre Freunde das Wort nahmen und eine entschiedene Stellung zur Lebensmittelversorgung von einer konsequenten Haltung in der Friedensfrage abhängig machten, als sie nachwies, daß die ganze Politik, insbesondere der Gewerkschaftsführer, in der Kriegszeit den Interessen des Proletariats vielfach widerstreitet, kam elementar in stürmischen Zustimmung die wahre Meinung der Versammelten und der solange versorgene Groß gegen diese Art Politiker und Arbeitervertreter zum Ausdruck. Auch nicht in einer Versammlung erkundete den Durchhaltepolitiker ein einziger Helfer. Die Zeulensätze sausten die Hiebe nieder auf die Leute, deren Politik bisher kriegsverlängernd gewirkt hat. Jetzt auf einmal suche man die Arbeiter. Jetzt scheine man sich daran erinnern zu wollen, daß wirksame proletarische Politik sich auf ein kraftvolles Proletariat stützen müsse. Aber jetzt wolle man von ihnen nichts mehr wissen, die bisher nur eine Versöhnungs- und Vertuschungspolitik getrieben haben.

Schließlich gelangte in allen Versammlungen an Stelle der von den Gewerkschaftsführern vorgeschlagenen Resoluzion eine Entschliezung zur Annahme, die die Ernährungspolitik der Regierung geißelt, die Mitschuld der sozialdemokratischen Abgeordneten und Gewerkschaftsführer, die im bürgerlichen Zusammenschluß mit kapitalistischen Parteien den Kriegsherrn ihr Treiben erleichtern, an den jetzigen Zuständen feststellt und ihnen das Vertrauen abspricht, dagegen die Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei billigt, einen schleunigen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker fordert und die internationale Solidarität des Proletariats betont.

Im Gewerkschaftshause wollte der Vorsitzende, Herr Ebersten, nicht abstimmen lassen; er verließ mit den Beisitzern den Versammlungsort. Ein Genosse aus der Versammlung besorgte dafür die Abstimmung, die Einmütigkeit ergab.

In der Germania, Referent Otto Braun, erhoben sich für die zuerst zur Abstimmung gelangende Gewerkschaftsresoluzion etwa zwanzig Hände. Unter stürmischem Beifall erfolgte die Annahme der letzteren Resoluzion, und so war es auch in den andern Versammlungen.

Klar und unzweideutig haben die Berliner Arbeiter am Montag ihre Absage an die Politik der Abhängigen und an die Gewerkschaftsführer erteilt. Überall standen die Einberufer mit dem Referenten